

Protokoll

25. Sitzung der 5. Amtsperiode des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen am 8.5.2024

Teilnehmer*innen:	siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsort:	digital/Raum
Sitzungsbeginn:	14:00 Uhr
Sitzungsende:	17:30 Uhr
Vorsitz:	Frau Geyer, Vorsitzende des Landesbeirats
Protokoll-Transkript:	LB Geschäftsstelle

*Kommentare aus dem Chat wurden bei den jeweiligen TOP kursiv eingefügt.
Abkürzungen werden am Ende des Dokuments erklärt*

Tagesordnung

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Anwesenheit	2
TOP 2 Thema - Austausch mit Senatorin und Staatssekretär	2
TOP 3 Protokollkontrolle der 24. Sitzung / Wiedervorlagen.....	4
3.1 Protokoll der Sitzung und der Vorstellung des Verbandsklage Gutachtens.....	4
3.2 Wiedervorlagen: u.a.....	4
TOP 4 Aktuelle Viertelstunde	5
4.1.....	5
TOP 5 Beschlüsse.....	6
Sachverhalt: Auszug einer E-Mail:	6
Beschlussvorschlag:.....	7
Thema: Mitgliedschaft und Rolle der HVP - Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen Finanz....	7
Beschlussvorschlag:.....	7
TOP 6 Berichte aus den Arbeitsgruppen, und Gremien	9
TOP 7 Bericht der Vorsitzenden, der Landesbeauftragten und Geschäftsstelle des LBfMmB.....	9
Hinweise	10
Begriffe erklärt	10

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Anwesenheit

Beginn: 14:00 Uhr

Frau Geyer begrüßt die Anwesenden und verkündet:

Berufen sind seit Januar 2024:

Herr Mario Koellner

Herr Ludger Gröting

Frau Juliane Harms

Es sind 11 stimmberechtigte Anwesende und damit ist die Beschlussfähigkeit erreicht.
Anwesende insgesamt 36 mit Gästen

Gäste: Frau Kiziltepe (Senatorin ASGIVA) und Herr Bozkurt (Staatssekretär Soziales)

TOP 2 Thema - Austausch mit Senatorin und Staatssekretär

Austausch mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Frau Cansel Kiziltepe und dem Staatssekretär für Soziales, Herrn Aziz Bozkurt

Die Senatorin sieht die Aufgabe des Landesbeirats in der Begleitung der Umsetzung des Ziels zum Umbau Berlins in eine inklusive Stadt.

Der Staatssekretär beantwortet die eingesandten Fragen:

Die **Eingruppierungsanpassungen für die Assistenzleistungen** gehen die zwei Jahre weiter, eine weitere Zusicherung kann es nicht geben.

Der Liga-Vertreter appelliert an den Staatssekretär die Assistenzkräfte rechtssicher zu verankern.

Der Fachbereich verfolgt in einer Datenerhebung die Kosten des Arbeitsgruppen-Modells mit den Beschäftigten Assistenzkräften, um belegbare Argumente für die Weiterführung des Modells zu ermitteln.

Ausgleichsabgabe von Unternehmen: Es ist eine bundesweite Regelung, deshalb wäre nur möglich landeseigene Betriebe zu einer höheren Abgabe zu verpflichten.

Die Vorsitzende fragt nach dem **Ziel mehr Menschen mit Behinderungen in Arbeit** zu bringen und zweifelt die Methode der Ausgleichsabgabe zur Erreichung dieses Ziels an. Der Staatssekretär bestätigt die Annahme und sieht das Land Berlin in der Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber.

Er berichtet von der Idee des Fachbereichs zur Entwicklung einer sogenannten „**Teilhabe-Gesellschaft**“. Sie soll die Lücke zwischen den Werkstätten und dem 1. Arbeitsmarkt schließen. Deren Arbeitsaufträge liegen beispielsweise im Digitalisierungsbereich, wie bereits das „[BIG-Team](#)“ im LAF und könnten als ein Baustein in der Umsetzung zu mehr Arbeitskräften mit Behinderung dienen. In den nächsten Jahren werden mehr Instrumente dazu entwickelt werden.

Aus dem Gremium wird die Beteiligung bei der Einrichtung der ‚Teilhabe-Gesellschaft‘ gefordert. Außerdem **mehr Präsenz dieser Ziele in der Öffentlichkeit** in Form von konzertierten Aktionen oder beispielsweise Pressemitteilungen.

Die zehn wichtigsten Forderungen aus dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurden von der Landesbeauftragten Frau Braunert-Rümenapf an die Senatorin Frau Kiziltepe feierlich übergeben. Die Forderungen sind von der Selbstvertretung der Lebenshilfe zusammengestellt.

In diesem besonderen Jahr - 30 Grundgesetzänderung Artikel 3 und 15 Jahre UN-BRK - und der zunehmenden Gewalt innerhalb der Gesellschaft, kann nur die Inklusion die passende Antwort dazu sein.

Bei dem **Mobilitätsthema** und dem Thema der **Teilhabe im Kinder und Jugendbereich** muss strategisch vorgegangen werden. Hier gibt es keine ‚Deckelung‘ bei der Gewährung der Bedarfe, sondern es wird nach der Angemessenheit entschieden.

Beklagt wird die **Rollenerfüllung des ‚Focal Point‘**¹. Die Aufteilung der Zuständigkeiten wird als hinderlich erlebt. Der Focal-Point hat die Aufgabe die Koordinierung des Projektes, jede Senatsverwaltung brachte hierfür in eigener Verantwortung, ressortspezifisch Maßnahmen für die Umsetzung der UN-BRK ein.

Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen Frau Braunert-Rümenapf merkt an, dass die aus den **Gremien gefassten Beschlüsse in den Steuerungskreis** gehen sollten und dort dann die Politik erreichen. Wichtig seien dann aber qualifizierte Rückmeldungen.

Es wird auch eine Teilnahmemöglichkeit für Erwachsene und Jugendliche im Steuerungskreis gewünscht.

¹ <https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/behindertenpolitik/berliner-massnahmenplan/>

In der Arbeitsgruppen Fachkräfte und der [KO 131](#) wird ein Beschluss gefasst, welche **Abschlüsse anerkannt** werden können, zurzeit kann nicht gesagt werden, wie flexibel die Regelung aussehen wird.

Die **finanzielle Anerkennung für Ehrenamtliche**, wie mit der Liga andiskutiert, wird erstmal nicht umsetzbar sein.

Auch hierbei ist die Antwort, dass die Wirksamkeit über Druck in der Öffentlichkeit und Politik geschaffen werden muss. Damit der Senat handeln kann. Der Senat wird nicht die anderen Senatsstellen kontrollieren oder in ihrer Aufgabenerfüllung begleiten.

Die Frage nach der **Umsetzung von tauben Geflüchteten** mit Behinderungen hängt weiterhin an der Suche nach einer geeigneten Immobilie. Zurzeit wird eine Zwischennutzung geprüft.

Der **25-zigste Jahrestag LGBG** wird am 29. 11.24 im Roten Rathaus mit einem Festakt gewürdigt.

Pause

(10 Minuten)

TOP 3 Protokollkontrolle der 24. Sitzung / Wiedervorlagen

3.1 Protokoll der Sitzung und der Vorstellung des Verbandsklage Gutachtens

Es wird nach einer Liste für die Arbeitsgruppen Besetzung gefragt. Wegen der Schwierigkeiten diese Listen aktuell zu halten, wird eine kollaborierte Liste, z.B. mit [idgard.com](#) oder eine Cloud-Lösung vorgeschlagen.

Das wird auch ein Thema bei dem Gespräch mit der Datenschutzbeauftragten sein.

Es gibt weitere keine Anmerkungen, damit ist das Protokoll mit der Gutachtenvorstellung des Verbandsklagerechtes angenommen.

3.2 Wiedervorlagen: u.a.

Bericht Gespräch Bundesverband Gehörloser und StS zur GSD-Zentrale

Bericht vom Gespräch am 24. April mit Herrn Klatt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Fachbereich keinen Bedarf für eine GSD-Zentrale und auch nicht seine Aufgabe nach der Einrichtung einer Vermittlungsstelle von Gebärdensprachdolmetschenden sieht. Aus der Runde kommt der Vorschlag eine Verbandsklage wegen unangemessener Vorkehrungen anzustreben (Antidiskriminierungsgesetz). Diese oder ähnliche Antworten sind inzwischen aus den verschiedenen Senatsstellen gekommen, so dass die Klage als möglicher nächster Schritt notwendig scheint.

Bericht Vorstellung GSUB Förderantrag und Datenbank Partizipationsfonds

Die Antrags-Datenbank ist sehr umfangreich, das ist der GSUB geschuldet, die auch größere Förderungen durchzuführen hat. Es gab wenig Anpassungen für die barrierefreie Beantragung, deshalb wird eine tägliche Beratung angeboten. Es wird beklagt, dass ein Drittel von der Gesamtsumme für die Umsetzung der Förderung weggeht.

Förderaufruf 2. Mai bis 6. Juni [https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-](https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/behindertenpolitik/landesgleichberechtigungsgesetz/partizipationsfonds/)

[behinderung/behindertenpolitik/landesgleichberechtigungsgesetz/partizipationsfonds/](https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/behindertenpolitik/landesgleichberechtigungsgesetz/partizipationsfonds/)

Es wird einen Antragsworkshop über die GSUB geben. Die LV Selbsthilfe wird ihrerseits eine Schulung anbieten.

- Erstellung ‚Schattenbericht‘

Nicht fertig

- Ausscheiden von Frau Holl (Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.)

Frau Holl verabschiedet sich aus dem Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.. Sie beginnt bei der Landesbeauftragten mit einem Projektauftrag mit einer halben Stelle zu arbeiten und muss deshalb alle Ämterarbeit niederlegen. Für Frau Holl wird Frau Haase in den LB entsandt vom Verein.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Holl für die sehr gute Arbeit im Gremium.

TOP 4 Aktuelle Viertelstunde

4.1 Zahnärztlicher Notdienst (Thomas Gutt)

Es wird die mangelnde Erreichbarkeit der zahnärztlichen Notdienste beklagt, es fehle an einer ausführlichen Information zur Barrierefreiheit. Laut Nachfrage von der LV Selbsthilfe werden die Informationen auf der Webseite des Notdienstes ergänzt.

Typ: [MVZ Medeco Berlin - Zahnklinik & Notdienste - Berlin](#)

Hinweis von der Landesbeauftragten: Es gibt weiterhin keinen Dienst für Menschen, die nur mit Narkose behandelt werden können.

4.2 Krisensituation Geschäftsstelle

Langfristiger Ausfall von Herrn Petzerling und länger Abwesenheit von Frau Schwarz-Weineck. Frau Braunert-Rümenapf übernimmt die Vertretung im Fahrgastbeirat des Sonderfahrdienstes WirMobil. Frau Wasner (LFB LB 2) übernimmt zunächst die Härtefälle Sonderfahrdienst. Die Organisation der GSD für die Termine des LBs liegen bei Frau Wasner (LFB LB 2), die Vorbereitungssitzung des Teilhabebeirats organisiert Frau Blamberg (LFB LB 3) und kümmert sich um die GSDs.

Damit alle Kolleginnen auf alle eingehenden E-Mail Nachrichten zugreifen können bitte an folgende E-Mail Adressen schicken:

Für den Landesbeirat: LfB-Beirat@senasgiva.berlin.de

Für die Landesbeauftragte: LfB@senasgiva.berlin.de

4.3. Übergriffe beim Fahrdienst

Beschwerden über tätliche Angriffe von Fahrdienst-Mitarbeitenden kam von Frau Kaup. Eine Stellungnahme dazu ging bereits an die Kaspar-Hauser Stiftung. Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen soll eine Position dazu entwickeln, der in der nächsten Sitzung beschlossen werden könnte. Hier sollten Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenASGIVA hinzugezogen werden, die sich bereits mit dem Thema auseinandersetzt.

4.4 Behinderten Parlament

Die Arbeit ist gestartet. Die ersten Antworten der Senatsstellen sind teilweise eingetroffen und werden bearbeitet. Festgestellt wird mehr Offenheit bei den (behindert-)politischen Sprechenden, das sollte auch vom LB genutzt werden. Weiterhin sind die Fokusgruppen des Behindertenparlaments offen für Mitarbeitende.

TOP 5 Beschlüsse

5.1 Entsendungen von nicht-stimmberechtigten Mitglieder des LB für Menschen mit Behinderungen

LB-25-I_2024

Sachverhalt: Auszug einer E-Mail:

Betrifft: Frau Schmitz, Herr Redfern,

Bitte beachten Sie: Sie werden in den Informationsverteiler zwar aufgenommen, können jedoch gemäß Geschäftsordnung* (GO) der Arbeitsgruppen nicht Vollmitglied sein. Eine Stellvertretung wäre evtl. möglich für eines der bereits vorhandenen elf Arbeitsgruppen-Mitglieder. Bitte lassen Sie diese Frage im Landesbeirat klären und teilen Sie uns das Ergebnis bitte mit, damit wir es entsprechend weiterleiten können. - Vielen Dank.

<https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/behindertenpolitik/ag-menschen-mit-behinderung/geschaeftsordnung.pdf?ts=1711094381>

Beschlussvorschlag:

Beide werden vom Landesbeirat als Gast mit dauerhaften Anwesenheitsrecht oder Nachrücker in den Arbeitsgruppen für Menschen mit Behinderungen benannt, wenn nach der GO der Arbeitsgruppe keine Möglichkeit zu einer Mitgliedschaft besteht.

Eine vorliegende Nachrückerliste wird vom LB daraufhin begutachtet, ob die Parität in der Arbeitsgruppen mit einer bestimmten Besetzung weiterhin erhalten ist.

angenommen mit 3 Enthaltungen

Es wird noch einmal wiederholt, dass stimmberechtigte und nicht-stimmberechtigte gleich betrachtet werden in Hinblick auf die Teilnahme in Arbeitsgruppen und Gremien.

Herr Redfern wird dann in eine andere Arbeitsgruppen wechseln

Zur gleichen Thematik wird eine Beschlussvorlage aus der Januar-Sitzung abgestimmt:

LB-22-III_2023

Thema: Mitgliedschaft und Rolle der HVP - Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen Finanz

HVP in ihrer Rolle als Mitglied des Landesbeirats zum festen Mitglied unserer Arbeitsgruppen.

Auszug aus einer E-Mail Nachricht:

Sehr geehrte Frau Lemke,

es ist richtig, dass die Hauptschwerbehindertenvertretung nach § 25 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 LGBG ein nicht stimmberechtigtes Mitglied des Landesbeirats ist. Die Mitglieder des Landesbeirats, die an einer Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen teilnehmen, werden jedoch nicht von der Senatsverwaltung ausgewählt, sondern vom Landesbeirat selbst für die jeweilige Arbeitsgruppen berufen und entsandt. Hierbei wählt der Landesbeirat erfahrungsgemäß seine festen Mitglieder bzw. deren StellvertreterInnen aus. Zur Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen der SenFin berufen wurden vom Landesbeirat Herr Dr. Sdorra und Frau Herzog.

Wir planen, in der nächsten Sitzung eine Geschäftsordnung für unsere Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen zu beschließen. Hier wird ggf. die Anzahl der Mitglieder des Landesbeirats in unserer Arbeitsgruppen thematisiert. Die Berufung der HVP in ihrer Rolle als Mitglied des Landesbeirats zum festen Mitglied unserer Arbeitsgruppen liegt jedoch in keinem Fall in unserer Zuständigkeit, sondern in der des Landesbeirats. Bitte wenden Sie sich mit diesem Anliegen dorthin.

Beschlussvorschlag:

Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen beruft die HVP mit ihrem Team als feste Vertretung oder als Gast mit dauerhafter Teilnahmeberechtigung für die

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen in jeder Senatsverwaltung nach der Grundlage der Teilnahme und Mitgliedschaft der jeweiligen GO. Im Fall einer Nachrückerliste prüft der LB die Einhaltung der Parität im jeweiligen Gremium.

Beschlussantrag LB-22-III_2023: Die vorgeschlagenen Personen aus der Hauptschwerbehindertenvertretung werden in die Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen vom Landesbeirat entsandt:

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenASGIVA - Herr Koch

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenBJF - Frau Nowak

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenFin- Frau Lemke

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen Senatskanzlei - Frau Lemke

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenInnSport - Herr Morittu

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenJust - Herr Morittu

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenKult - Herr Koch

Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen SenStadt - Herr Hutchison

Mit 3 Enthaltungen angenommen

5.2 Entsendung Krankenhausbeirat bei SenWGP

LB-25-II_2024

Thema: Mitgliedschaft Landeskrankenhausbeirat

Sachverhalt:

Der Landeskrankenhausbeirat konstituiert sich neu nach der langen Pause aufgrund der Pandemie. Deshalb wird die Benennung der Mitglieder und Stellvertreter neu beschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen beschließt Herrn **Uwe Wegener** (bipolaris e.V.) und Frau **Sonja Arens** (Deutsche Morbus Crohn e.V.) als seine Stellvertreterin für des LB in den Landeskrankenhausbeirat zu entsenden.

Einstimmig angenommen

5.3 Beschlussvorlage Therapiebäder

LB-25-III_2024

Frau Sommer stellt ihren Beschlussvorschlag zur Unterstützung des Angebotes von Therapiebädern in den Bezirken vor.

In der Diskussion werden die Forderung noch ergänzt und die Vorlage soll in einem Umlaufbeschluss abgestimmt werden.

- Ergänzen mit einer Liste der vorhandenen Bäder

- Beschlussvorschlag ergänzen um: "und neue zu errichten.

- Zudem soll eine berlinweite Übersicht über barrierefreie Schwimmbäder, einschließlich privater Anbieter von Therapiebädern und Schulen mit Schwimmbecken erstellt werden,

mit stetiger Aktualisierung über „geschlossen/geöffnet“ sowie Barrierefreiheitskennzeichnungen in dieser Übersicht."

- Es wird ein Landesbäderplan gefordert, der die Versorgungssituation in den Bezirken und den (med.) Bedarfen Ausgleich schafft.

Es stellt sich die Frage, wie ein Beschluss, der die privaten Träger beeinflusst Anschließend soll es an den SenWPG und SenASGIVA versendet werden.

5.4 Beschlussvorlage Digitale Barrierefreiheit

LB-25-IV_2024

Wird vertagt

Herr Heinke aus dem Bereich der Landesbeauftragten für digitale Barrierefreiheit (Frau Wiebke Müller) soll eingeladen werden um über die digitale Arbeit zu berichten

Stephan.Heinke@senatskanzlei.berlin.de

TOP 6 Berichte aus den Arbeitsgruppen, und Gremien

Berichte aus den Sitzungen Arbeitsgruppen und Gremien der Monate März – Mai
Fällt aus

TOP 7 Bericht der Vorsitzenden, der Landesbeauftragten und Geschäftsstelle des LBfMmB

Frau Braunert-Rümenapf berichtet:

Gesetzentwurf: Schneller Wohnen, sollte nochmal nach der Verabschiedung des Gesetzes betrachtet werden und nach der Nutzbarkeit für die Belange der Menschen mit Behinderungen prüfen.

Gremium Fußverkehr: Austausch mit [,Changing Cities e.V.](#), Überarbeitung des Konzepts, bisher wenig Beachtung für Menschen mit Behinderungen, aber Offenheit für das Thema und bereits enge Zusammenarbeit mit dem ABSV.

AK barrierefreies Gesundheitswesen (Herr Marquardt, 2008 gegründet) wieder aktiviert. Dabei unter anderen drei Bezirksbeauftragte, die ,cooperative Mensch e.V. , thematischer Fokus derzeit auf der medizinische Versorgung von Menschen mit schweren und mehrfacher Behinderungen. 4 Termin im Jahr. Nächster Termin im Juni mit der Gesundheitsstaatssekretärin Ellen Haußdörfer.

Neuer ressortübergreifender AK Gewaltschutz, Schwerpunkte Gewalt in der eigenen Häuslichkeit, besondere Wohnformen und um den ganzen Bereich Pflege.

Frau Geyer berichtet:

Gespräch mit Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz Dr. Felor Badenbergr war ergebnislos. Ansprechpartner*innen seien für die Menschen mit Behinderungen die SenASGIVA, die würde alles richten. Es gab kein Verständnis - auch für die eigenen MA*innen mit Behinderung - für ihre Zuständigkeit.

Frau Geyer dankt für die Teilnahme und beendet die Sitzung

Nächster Termin: 3.7.2024

Hinweise

Begriffe erklärt

Kollaborierte = kommt aus der lateinischen Sprache und meint ‚zusammen arbeiten‘

Abkürzungen

SenASGIVA = Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Sen = Senat

AG = Arbeitsgruppe

AK = Arbeitskreis

LB = Landesbeirat

LfB - Landesbeauftragte/Landesbeauftragter

LB fMmB = Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen

MA*innen = Mitarbeiter*innen

TO = Tagesordnung

TOP = Tagesordnungspunkt

GSUB = Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH: Zentrale (ist für die die Verwaltung von Projekten und Projektgeldern zuständig)

LAF = Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin

e. V. = eingetragener Verein

ABSV = Allgemeiner Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin gegr. 1874 e. V.

Namen von Beschlüssen = LB (Landesbeirat)-22 (Nummer der Sitzung)-III (Nummer des Beschlusses)_2023 (Jahr in dem der Beschluss in der Sitzung besprochen wurde)

ZS = Zentraler Service

HVP = Hauptschwerbehindertenvertretung

med. = medizinisch

UN-BRK = United Nations-Behindertenrechtskonvention